

# Argumentationspapier zur Mitgliederbefragung: Abschaffung des § 188 StGB

## Gegenstand der Mitgliederbefragung:

Soll die FDP sich auf Bundesebene für die Abschaffung des § 188 StGB einsetzen?

### 1. Kern des § 188 StGB

§ 188 StGB stellt Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung „gegen Personen des politischen Lebens“ unter besonderen Strafschutz, wenn die Tat geeignet ist, das öffentliche Wirken der Person erheblich zu erschweren.

Dabei handelt es sich um einen Sondertatbestand, der Politikerinnen und Politiker sowie andere Personen des öffentlichen Lebens stärker schützt als andere Bürgerinnen und Bürger.

### 2. Warum § 188 StGB aus liberaler Sicht problematisch ist

#### 2.1. Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz

- Der Staat darf nicht einzelnen gesellschaftlichen Gruppen einen Sonderstatus im Strafrecht einräumen.
- Alle Menschen haben das gleiche Anrecht auf den Schutz ihrer Ehre – eine Privilegierung von Amtsträgern widerspricht dem liberalen Verständnis von Rechtsgleichheit.

#### 2.2. Einschränkung der Meinungsfreiheit

- Politische Kritik ist in einer liberalen Demokratie notwendige Voraussetzung für Teilhabe.
- § 188 StGB kann abschreckend wirken, insbesondere bei scharfer, satirischer oder emotionaler Kritik.
- Der Tatbestand ist vage gefasst („erheblich erschweren“) und birgt Missbrauchspotenzial.

#### 2.3. Bestehende Gesetze reichen aus

- Die §§ 185 - 187 StGB (Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung) bieten bereits ausreichenden Schutz für jede Person, auch für Mandatsträger.
- Eine Verdoppelung des Ehrschutzes für öffentliche Personen ist unnötig und widerspricht dem Grundsatz der Staatsferne in privaten Rechtsgütern.

### 3. Demokratiepolitische Dimension

- In einer freiheitlichen Gesellschaft sollten Personen des politischen Lebens eine größere Offenheit für Kritik zeigen – nicht weniger.
- Politische Meinungsäußerung darf nicht unter Generalverdacht stehen oder mit Strafdrohung versehen werden.
- Die FDP sollte sich klar zur Verhältnismäßigkeit des Strafrechts bekennen – und den Staat dort zurücknehmen, wo er unnötig in bürgerliche Freiheiten eingreift.

### 4. Warum eine Mitgliederbefragung sinnvoll ist

- Die Frage nach der Abschaffung des § 188 StGB betrifft die liberale Grundhaltung zu Rechtsstaat, Freiheit und Gleichheit.
- Eine offene und basisorientierte Debatte zu dieser Frage stärkt die innerparteiliche Meinungsbildung und Legitimation politischer Positionen.
- Die FDP sollte zeigen, dass sie auch in Fragen, die politische Eliten direkt betreffen, prinzipientreu und offen für Kritik ist.

## **5. Forderung**

Die FDP sollte sich dafür einsetzen, § 188 StGB ersatzlos zu streichen.

Die Mitgliederbefragung bietet die Gelegenheit, dieses Signal basisdemokratisch abzusichern.